

Kein Deal mit J.R. oder: Wer will eine Wirtschafts-NATO?



EIN GESPRÄCH MIT HELMUT SCHOLZ

In den Nachrichten hören wir derzeit viel über ein geplantes Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA. Die Abkürzung heißt TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership). Was hat es damit auf sich?

Dieses Abkommen wird das größte und weitreichendste Abkommen über Handel und Investitionen, das die Welt bislang gesehen hat. Es wird sehr direkte Auswirkungen auf unser Leben haben.

Aber wo ist denn das Problem? Ist es nicht gut für unsere Wirtschaft, wenn wir den Amerikanern künftig mehr verkaufen können?

Dieses Abkommen ist keine Einbahnstraße. Die Einfuhrzölle sollen ja auf

beiden Seiten abgeschafft werden. Einige Hersteller werden vielleicht mehr verkaufen können, zum Beispiel Autos oder chemische Produkte aus Deutschland. Für andere wird jedoch die Konkurrenz größer werden. Sorgen machen sich hier besonders die Landwirte.

In der Industrie sind doch viel mehr Menschen beschäftigt als in der Landwirtschaft.

Das stimmt, aber wir alle sind auch Verbraucher. Bei diesem Abkommen geht es nicht nur um Einfuhrzölle, sondern auch um die Regeln, die für die Qualität von Produkten gelten. Gerade beim Essen ist es den Menschen bei uns in Europa wichtig, dass wir möglichst natürliche Produkte auf den Tisch bekommen. Da haben wir eine andere Kultur. Wir wollen keine Chemikalien im

Bier. Wir wollen keine gentechnisch veränderten Getreide im Brot. Wir wollen kein Fleisch von Tieren, die durch Klonen »hergestellt« wurden und mit Hormonen behandelt worden sind, oder Hühnerfleisch, das durch ein Chlorbad gezogen wurde, um es künstlich heller zu machen. In den USA werden all diese Methoden eingesetzt, um billiger produzieren zu können.

Aber bei uns ist doch »bio« beliebt und es gibt europäische Gesetze, was auf den Verpackungen angegeben werden muss.

Wenn es den Amerikanern in den Verhandlungen gelingt, diese Produkte auf den europäischen Markt zu bringen, indem wir zum Beispiel unsere Kennzeichnungspflicht auf Verpackungen für genetisch veränderte Inhaltsstoffe abschaffen

müssen, stehen unsere Bauern plötzlich unter einem noch viel stärkeren Kostendruck. Einige würden wohl notgedrungen diese Methoden übernehmen. Gerade wer weniger Geld in der Tasche hat und nicht im Bioladen einkaufen kann, hätte dieses ganze Zeug schon bald im Kühlschrank stehen.

Gibt es noch weitere Regelungen, die am Verhandlungstisch abgeschafft werden könnten?

Wir wurden im Europäischen Parlament informiert, dass die EU-Kommission bereit ist, alle Themen zu diskutieren. Handelskommissar De Gucht, der von den belgischen Liberalen kommt, wollte keinerlei »rote Linien« in seinem Verhandlungsauftrag haben. Er will nun nach zwei Strategien vorgehen: entweder Annäherung der gesetzlichen



Entfesselte Märkte, gierige Banker: »Von allein regelt sich da gar nichts, da braucht es starke Gesetze, um die Verbraucher zu schützen.«

Vorschriften beider Seiten oder wenn das zu kompliziert scheint, die wechselseitige Anerkennung von Standards und Zulassungen zum Markt. Das finden wir zum Beispiel bei Medikamenten oder Finanzprodukten sehr problematisch. Schließlich fing diese ganze Krise mit den miesen Tricks amerikanischer Banken an, durch die zahllose Familien in den Ruin getrieben wurden, nachdem man ihnen einen Wucherkredit für ein Haus aufgeschwatzt hatte. Erinnern wir uns, dass auch europäische Banken damals gierig mitverdienen wollten. Von allein regelt sich da gar nichts, da braucht es starke Gesetze, um die Verbraucher zu schützen.

Darf die Kommission denn jetzt tatsächlich über alles verhandeln?

Eine Ausnahme konnten wir im Europäischen Parlament durchsetzen: Eine Mehrheit der Abgeordneten schloss sich unserer Forderung an, dass über Maßnahmen zur Kulturförderung in Europa nicht verhandelt werden darf. Wir wollten als Linke noch viel mehr erreichen, zum Beispiel den Schutz von öffentlichen Dienstleistungen wie in den Bereichen Wasser, Gesundheit und Bildung. Dafür bekamen wir leider keine Mehrheit.

Entscheidet denn darüber überhaupt das Europäische Parlament?

Die Kommission verhandelt im Auftrag von Kanzlerin Merkel und den anderen Regierungschefs der Mit-

gliedstaaten der EU. Deshalb durfte diese Runde – der Rat – auch bestimmen, worüber verhandelt wird. Die Kultur haben sie herausgenommen, alles andere blieb drin. Aber am Ende wird das Verhandlungsergebnis dem Europäischen Parlament vorgelegt. Wir Abgeordneten können auch Nein sagen, wie wir es zum Beispiel bei ACTA getan haben.

Im Europäischen Parlament gibt es eine Mehrheit aus konservativen und liberalen Parteien und auch die meisten Sozialdemokraten haben sich für ein Abkommen ausgesprochen. Ist eine Ablehnung da nicht sehr unwahrscheinlich?

Diese Entscheidung wird erst das nächste Parlament treffen. Es wird im Mai 2014 neu gewählt. Deshalb ist es so wichtig, dass wir ein starkes Ergebnis für DIE LINKE erhalten. Denn nur dann haben wir eine Chance, dass das Abkommen mit den USA vom Europaparlament abgelehnt wird, wenn es für die Menschen in Europa eine Verschlechterung ihres Lebens bedeuten würde.

Wissen die Bürgerinnen und Bürger denn genug über dieses Abkommen, damit es bei ihrer Wahlentscheidung überhaupt eine Rolle spielen könnte?

Ich fürchte, noch nicht. Ich bin in den letzten Wochen aber bereits von vielen Gewerkschaftsvertretern, Umweltschutzverbänden und Verbraucherschutzorganisationen angeschrieben worden, die mehr

über das Thema erfahren wollten. Meine Veranstaltungen und Interviews zu diesem Thema häufen sich. Leider ist es für die meisten Menschen und auch für ihre Organisationen schwierig, etwas über den konkreten Inhalt der Verhandlungen zu erfahren. Die Gespräche finden hinter verschlossenen Türen statt. Eine meiner wichtigsten Forderungen lautet daher: Wir brauchen volle Transparenz der Verhandlungen. Die Menschen haben ein Recht darauf, zu erfahren, was die Unterhändler vereinbaren wollen. Dann können sie auch eine informierte Entscheidung darüber treffen, ob sie dieses Abkommen wollen oder nicht.

Wie hat die Kommission auf diese Forderung reagiert?

Wir 30 Abgeordnete im Handelsausschuss werden nun tatsächlich besser informiert. Jeweils vor und nach einer Verhandlungsrunde berichtet uns der Chefunterhändler. Aber auch das findet hinter verschlossenen Türen statt. Die Kommission argumentiert damit, dass die amerikanischen Verhandlungspartner ein Recht darauf hätten, dass ihre Angebote vertraulich behandelt würden. Gerade durch den aktuellen Abhörskandal

wird dieses Argument natürlich lächerlich. Schließlich spioniert die US-Regierung die Europäer ja systematisch aus. Die amerikanische Seite beschwert sich sogar über Datenschutzregeln in der EU und versucht aktuell, einen Gesetzentwurf zur Stärkung der Bürgerrechte zu sabotieren.

Wie geht es nun weiter?

Die erste Verhandlungsrunde fand vom 8. bis 12. Juli in Washington statt. Die zweite Runde soll in der ersten Oktoberwoche in Brüssel tagen. Um die Verhandlungen zu beeinflussen, arbeite ich daran, mit Gewerkschaften und weiteren gesellschaftlichen Kräften ein Bündnis aufzubauen, das die Schritte aufmerksam verfolgt und Zwischenergebnisse auf den Prüfstein legt. Nur so können wir die Mehrheiten bilden, die nötig sind, um ein schlechtes Ergebnis abzulehnen. Abgeordnete der SPD haben zum Beispiel gesagt, dass sie gegen das Abkommen stimmen würden, falls die Kommission ihre Absicht wahr macht, Unternehmen ein Klagerecht gegen Regierungen zu schaffen, falls zum Beispiel neue Gesetze zum Umwelt-, Verbraucher- oder Arbeitnehmerschutz den erwarteten Profit verringern. Nageln wir sie gemeinsam darauf fest.

Besteht denn eine Alternative zu diesem Abkommen?

Als LINKE sind wir nicht grundsätzlich gegen Handel oder gegen die amerikanische Bevölkerung. Aber wir wollen keine Abkommen, mit denen die jetzigen Probleme nur noch verstärkt würden. Amerikanische Politiker haben dieses Abkommen eine »Wirtschafts-NATO« genannt. Das beschreibt ganz gut, dass andere Teile der Welt das Gefühl haben werden, zwei der größten Wirtschaftsmächte würden sich gegen sie zusammenschließen. Wir treten jedoch für einen fairen und gerechten Welthandel ein. Wir wollen ein hohes gemeinsames Ziel bei Verbraucherschutz, Umweltschutz und Arbeitnehmerrechten. Die Regeln müssen wir gemeinsam mit allen Partnern multilateral entwickeln, statt sie gemeinsam mit Washington einfach zu bestimmen. Wird das Abkommen wie geplant geschlossen, droht für Umwelt und Beschäftigte ein Wettlauf nach unten und es würden in Europa jene Unternehmen und Staaten profitieren, die schon heute besonders stark exportieren. Die Kluft zu den anderen würde sogar noch größer werden und die Weltwirtschaft noch instabiler.

Besser spät als nie

EU-Kommission stimmt Ausschluss des Wassersektors von der Konzessionsrichtlinie zu

VON THOMAS HÄNDEL
UND FRANK PUSKAREV

Nach anhaltenden und intensiven Interventionen gegen die Einbeziehung des Wassersektors in die Konzessionsrichtlinie zeichnete sich schlussendlich in den Trilog-Verhandlungen zwischen Rat, Kommission und EP eine Lösung ab, die deutlich besser als die bisher von der Kommission vorgesehene Flickschusterei ist. Bis dahin hatten trotz der Proteste gegen weitere Liberalisierungen sowohl Europaparlament als auch Kommission den Ausschluss des Wassersektors abgelehnt, waren aber zu Zugeständnissen bereit, die den Spezifika vor allem der deutschen kommunalen Organisationsformen Rechnung tragen sollten. Dies war aber nur mäßig gelungen.

Mit der Ankündigung des Binnenmarkt-Kommissars Barnier, den Wassersektor vollständig aus der Richtlinie herauszunehmen, lenkte die Kommission letztlich doch ein. Wochenlang überhäuften Bürgerinnen und Bürger die Europaabgeordneten mit Post, um die Pläne zur europaweiten Erleichterung von Privatisierungen im Trinkwasserbereich zu verhindern. Diese Proteste haben nun Erfolg. Die Kommission hat offensichtlich verstanden, dass die Sorgen der Menschen um bezahlbare und qualitativ hochwertige Wasserversorgung nicht einfach vom Tisch zu wischen sind. Wasser ist und bleibt ein Menschenrecht und darf nicht den Marktregeln unterworfen werden. Nach den abschließenden Verhandlungen zwischen Rat, Kommission

und Parlament ist klar: Alle akzeptieren den Vorschlag der Kommission, den Wassersektor vollständig und dauerhaft aus der Konzessionsrichtlinie herauszunehmen. Damit bestätigt sich die Hoffnung, auf europäischer Ebene werden Sorgen der Bürger doch hin und wieder auch wahrgenommen. Diese Entscheidung muss nun noch im Rahmen der Beschlussfassungen durch Rat und Parlament bestätigt werden. Schon heute kann man jedoch sagen: Widerstand lohnt sich. Es ist vor allem den Kommunen und Städten, den Gewerkschaften, der SPD, den Grünen und der LINKEN und nicht zuletzt den die europäische Bürgerinitiative unterzeichnenden 1,5 Millionen Menschen zu verdanken, dass hier die Kommission und im Besonderen die deutsche Bundesregierung doch noch in die Schranken gewiesen wurden. Denn es darf noch einmal daran erinnert werden, dass vor allem Letztere in den entsprechenden Debatten im Bundestag die Richtlinie verteidigt und den Ausschluss des Wassersektors abgelehnt hat. Mit dieser Entscheidung ist allerdings keinesfalls sichergestellt, dass künftig die Wasserversorgung ausschließlich in öffentlicher Hand liegt. Dazu müssen auch auf nationaler und regionaler Ebene die Verantwortlichen diese Zäsur erkennen und entsprechend handeln. Wasser ist ein Menschenrecht. Der Zugang zu qualitativ hochwertiger und erschwinglicher Versorgung mit Trinkwasser darf nicht Marktregeln und Profitlogik unterworfen werden. Die Konzessionsrichtlinie wird durch diese Ausnahme im Übrigen nur ein wenig verbessert. Weiterhin fehlen werden Tariftreue-Vorschriften und klare Regelungen, auch Subunternehmen an Sozial-, Umwelt- und arbeitsrechtliche Vorschriften zu binden und repräsentative Tarifverträge anzuerkennen. Aus diesem Grund lehnen wir die Richtlinie auch weiterhin ab.

Rückblende

Unsere Abgeordneten beim Fest der Linken am 1./2.6.13 in Berlin



DIE PROTESTAKTIONEN VON BÜRGERINNEN WAREN ERFOLGREICH

europaROT Wissen, was in Europa läuft.

Das Infomagazin der LINKEN im Europäischen Parlament erscheint vierteljährlich als Beilage in ausgewählten linken Tageszeitungen. Sie haben eine Ausgabe verpasst? Alle vorherigen Ausgaben von europaROT sowie die aktuelle Ausgabe und weitere Informationen finden Sie hier: einfach diesen Code mit Ihrem Smartphone scannen!



Sie möchten europaROT regelmäßig per Post nach Hause geliefert bekommen? Schreiben Sie uns: Europäisches Parlament, GUE/NGL, Sonja Giese, Rue Wiertz 60, PHS 05 B 072, 1047 Brüssel oder schicken Sie uns eine E-Mail: dielinke.presse@europarl.europa.eu

Kulturelle Vielfalt nicht verhandeln!

VON LOTHAR BISKY
UND NORA SCHÜTTEL

Dass Kultur mit öffentlichen Mitteln gefördert wird, um geschichtliches und kulturelles Erbe sowie Ausdrucks- und Meinungsfreiheit zu schützen, erscheint in Europa normal. »In Vielfalt geeint« ist Selbstverständnis und Selbstverpflichtung der Europäischen Union. Kulturförderung hat unterschiedliche Formen: Buchpreisbindung, die Sonderstellung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Subventionen für Filmproduktionen, Finanzierung von Theatern, Bibliotheken, Museen, reduzierte Mehrwertsteuer für Kulturgüter. Wenn auch z. B. die neue Rundfunkgebühr nicht jedem gefällt – fast alle Steuerzahler sind einverstanden, dass Kultur nicht reine Handelsware, sondern auch öffentliche Aufgabe ist.

International vereinbart ist dieses Prinzip der sogenannten »kulturellen Ausnahme« in der UNESCO-Konvention zum »Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen«. 130 Staaten sowie die EU haben die Konvention ratifiziert. Durch sie ist das »souveräne Recht [der Vertragspartner], ihre Kulturpolitik zu formulieren und umzusetzen sowie Maßnahmen zu beschließen, um die Vielfalt kultureller Ausdrucksformen zu schützen und zu fördern« im Völkerrecht verankert. Ausdrücklich ist vereinbart, dass dieses Übereinkommen nicht anderen Verträgen – etwa Freihandelsabkommen – unterzuordnen ist.

Alles Kulturgut? Mitnichten.

In den USA funktioniert Kulturförderung ganz anders als in Europa, ist mehrheitlich privatwirtschaftlich organisiert. Doch Handels- und In-

vestitionsabkommen, wie aktuell zwischen der EU und den USA in Angriff genommen, könnten die besondere Rolle, die Europa der Kultur zuschreibt, zur Disposition stellen. Zumal die USA die UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt nicht ratifiziert hat. Kritiker warnten, US-Pro-



duktionsfirmen könnten gegen die in Europa gängige Sonderbehandlung des Kultur- und Kreativsektors klagen. Oder die sowieso oft geringen Mittel für Kultur ebenfalls einfordern. Heraus käme, so die Befürchtung, mehr Kommerzialisierung, weniger

Kulturvielfalt. Denn die Vertragspartner müssten sich gegenseitig als »Markt-Inländer« behandeln. Protest von Film- und Medienschaaffenden und Politikern im Europaparlament hat bewirkt, dass die Liberalisierung des Kultursektors nicht Eingang ins Verhandlungsmandat fand. Was aber letztlich dem Europaparlament als Vertragsentwurf zur Zustimmung oder Ablehnung vorgelegt wird, muss sich erst noch zeigen.

Auch im Zuge der turnusgemäßen Überarbeitung der Kino-Mitteilung geht die EU-Kommission den Weg, Kultur immer mehr zu einem »normalen« Wirtschaftssektor umzudefinieren. Vornehmlich eine Sonderregelung über staatliche Beihilfen für Kultur ist ihr ein Dorn im Auge: Besondere Auflagen bestimmen, dass Subventionen für Filmförderung in den Wirtschaftskreislauf derjenigen Region zurückfließen, von der sie gewährt werden. So soll filmwirtschaftliche Infrastruktur vor Ort gestärkt und regionale Filmkultur erhalten werden. Dies will die EU-Kommission stark einschränken, weil es ihrer Auffassung nach dem Prinzip freien Wettbewerbs widerspricht. Erneut regt sich Protest bei Künstlern und Kulturpolitikern ...

Ökologische Politik muss antikapitalistisch sein!

VON SABINE WILS

Wenn es um Fracking, Tiefseebohrungen und andere Umwelthemen geht, ziehen LINKE und Grüne im Parlament an einem Strang. Wir als Linke sehen dies als Sisyphusarbeit im Kapitalismus, die Grünen glauben an das Gute im Kapitalismus.

Die Erfolgsgeschichte des Kapitalismus baut neben der verstärkten Ausbeutung des Menschen auch auf einem stetigen Raubzug gegen die Natur. Dabei betrachtet er die Natur nur als eine Ressource, um maximalen Profit zu erwirtschaften. In Folge wurden immer größere Teile der Welt verwüstet, Wälder gerodet, Trinkwasser verseucht, Fauna und Flora unwiederbringlich vernichtet – und, wie wir heute wissen, das Klima nachhaltig verändert.

In den 1970er-Jahren entstand eine Bewegung, die sich diesen Verbrechen an der Umwelt entgegenstellte. Ob Atomkraft oder Umweltvergiftungen wie der Stoltzenberg-Skandal in Hamburg, Themen kamen ans Tageslicht, die der Veränderung bedurften. Und viele Menschen standen auf und engagierten sich – bis heute.

Ein Ergebnis dieser Bewegungen war die Entwicklung einer grünen Partei, die vornehmlich in den intellektuellen und kleinbürgerlichen Milieus Zulauf gefunden hat.

In den Anfangsjahren benannten die Grünen noch die Profitgier der Unternehmen als Ursache der Umweltverschmutzung, Kriege lehnten sie ab, auch sozial wollten sie sein.

Nur eine solidarische Wirtschaftsweise bietet die Chance auf nachhaltige Entwicklung.

Nach vielen Regierungsbeteiligungen und Säuberungsprozessen haben die Grünen ihr gesellschaftliches Projekt gefunden: Mit dem Green New Deal wollen sie eine ökologische Wende des Kapitalismus einleiten und die Industriegesellschaft umbauen. Der Green New Deal ist mit dem neoliberalen Weg der anderen Agenda-Parteien vereinbar. Er soll das Problem auf technokratischem Wege lösen, bei Beibehaltung des Kapita-

lismus. Das die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen billigend in Kauf nehmende Wirtschaftssystem soll vermeintlich »grün« werden.

Für die Grünen stellt sich die Welt so dar, dass jeder Mensch als Konsument seine Verantwortung für die Vernichtung unserer Lebensgrundlagen trägt und kein kapitalistisches System die Zügel führt.

Mit dem Konzept des »grünen Kapitalismus« vertauschen die Grünen also die Rollen von Verursachern und Geschädigten: Schuld an der Klimakatastrophe seien die Menschen, die auf bezahlbaren Strom angewiesen sind. Schuld an Umweltschäden durch Industrie und Rohstoffgewinnung seien KonsumentInnen, die günstige Produkte kaufen wollen.

Die soziale Frage als zentraler Konflikt im Kapitalismus wird ausgeblendet. Der kapitalistische Wettbewerbswahn verlangt, Waren zu immer günstigeren Bedingungen zu produzieren, koste es Natur, Beschäftigte und Bürger, was es wolle. Nur eine solidarische Wirtschaftsweise bietet die Chance auf nachhaltige Entwicklung. Wo Profit zur Maxime des Wirtschaftslebens wird, kommen Mensch und Natur unter die Räder. Deswegen will DIE LINKE die Wirtschaft demokratisieren und Schlüsselbereiche der Wirtschaft in öffentliches Eigentum und unter öffentliche Kontrolle bringen.

Das ist nicht mit der Vertragsgrundlage der EU, dem Lissabon-Vertrag, vereinbar.



istockphoto.com/ma_rish

Weiterlesen

www.sabine-wils.eu



Die europäischen Regierungen, deren BürgerInnen Opfer dieser pauschalen Überwachung sind, reagieren mit Schweigen.

Transatlantische Spionage

VON CORNELIA ERNST
UND LORENZ KRÄMER

Als Edward Snowden vor ein paar Wochen aus den USA nach Hongkong flüchtete und Daten vom amerikanischen Geheimdienst NSA veröffentlichte, brachte er damit den größten Überwachungs- und Spionageskandal der letzten Jahre ins Rollen. Die NSA kann sich im Rahmen von PRISM ganz einfach Zugang zu Daten bei den großen Internetfirmen – Google, Amazon, Facebook – verschaffen, und tut das auch. Damit bekommen sie intime Einblicke in das Leben von vielen hundert Millionen Menschen.

Die europäischen Regierungen, deren BürgerInnen Opfer dieser pauschalen Überwachung sind, reagierten mit Schweigen. Mittlerweile ist klar, warum. Der britische Dienst GCHQ überwacht den gesamten transatlantischen Datenverkehr, der durch Großbritannien geleitet wird. Der französische Geheimdienst DGSE sammelt alle Daten in Frankreich. Die NSA hat zudem EU-Missionen wie die in Washington verwandt und abgehört.

Das Ausmaß der Überwachung ist erschreckend. Es geht diesmal nicht

nur um die Verkehrsdaten, wer wann mit wem kommuniziert hat, sondern auch um die Inhalte der Kommunikation. Ein großer Teil des Datenverkehrs im Internet zwischen Europa und Amerika geht über Großbritannien. Allein, dass GCHQ über die technischen Kapazitäten verfügt, einen Fluss von 5 Gigabyte pro Sekunde zu durchleuchten, macht Sorgen. Alle diese Aktivitäten finden natürlich heimlich statt. Damit sind Grundrechte wie das auf Privatsphäre oder Datenschutz für die Geheimdienste de facto außer Kraft gesetzt.

Der Hintergrund des Skandals ist ein mehr als zehn Jahre dauernder Konflikt zwischen den USA und den europäischen Staaten, bei dem es vor allem um Sicherheitskooperation und Handel geht. Kernfragen betreffen immer wieder den Datenschutz, ob es um den Transfer von Bankdaten (SWIFT) oder Fluggastdaten (PNR) im Rahmen der Terrorbekämpfung geht oder um ACTA, wo zur verschärften Bekämpfung von Urheberrechtsverstößen Einschnitte im Datenschutz vorgesehen waren. Die USA haben dabei nicht nur versucht, europäische Vorstellungen von Privatsphäre und Datenschutz

zu umgehen, sondern auch mit massiver Lobbytätigkeit in Brüssel und anderen Hauptstädten Einfluss genommen.

Momentan werden zwischen der EU und den USA das Handelsabkommen TTIP und das Datenschutz-Rahmenabkommen verhandelt. Während zu TTIP aktive Verhandlungen laufen, liegt das Rahmenabkommen seit Jahren auf Eis. Auf amerikanischer Seite besteht wenig Interesse daran. Lieber will man den Datenschutz in anderen Abkommen nebenbei regeln, um so möglichst niedrige Standards in einzelnen Bereichen festzulegen. Im Falle von PNR und SWIFT war die Strategie erfolgreich, bei ACTA bisher nicht.

Bis nicht alle Details der Überwachung durch die NSA aufgeklärt sind, sollten die Verhandlungen zu TTIP auf Eis gelegt werden zugunsten des lange überfälligen Datenschutzabkommens. Es ist höchste Zeit, dass Mindeststandards und Kontrollmechanismen für den transatlantischen Datenverkehr vereinbart werden. Und Snowden? Es wird wohl keine Regierung in der EU bereit sein, seinen Fall auch nur ernsthaft zu prüfen. Das ist eine Schande.



DIE GUE/NGL FRAKTION MACHT SICH STARK FÜR DATENSCHUTZ. (HIER BEI EINER AKTION GEGEN DAS SWIFT-ABKOMMEN)

Weiterlesen

www.cornelia-ernst.de

Abkommen EU-Kolumbien-Peru: freie Fahrt für Drogen-Kartelle?

VON JÜRGEN KLUTE UND KARSTEN PETERS

Während selbst die europäischen Regierungschefs heute ernsthaft diskutieren, wie sie der aggressiven Steuervermeidung internationaler Unternehmen Herr werden können, bläst in Kürze strammer Gegenwind aus Südwest. Denn längst ist klar, dass das Freihandelsabkommen zwischen der EU, Peru und Kolumbien Geldwäsche und aggressiver Steuervermeidung Tür und Tor öffnen wird. Mit Umsätzen über mehrere Milliarden Dollar spielen sowohl Kolumbien als auch Peru seit Jahren in der weltweiten Champions League der Kokain-Produktion – Schwarzgeld, das gewaschen werden muss. Das im Mai ratifizierte Freihandelsabkommen ist hierfür eine mehr als großzügige Einladung, wie die niederländische NGO SOMO nachweist. Das Abkommen wurde nach Klauseln zur Verhinderung von Geldwäsche durchsucht – vergeblich! Stattdessen darf der freie Kapitalfluss nur unter »ungewöhnlichen Umständen« eingeschränkt werden. In Kombination mit dem in der EU noch immer weitverbreiteten Bankgeheimnis bietet sich hier eine ganz neue Gelegenheit, aus Schwarzgeld weißes zu machen.

Während in der EU daran gearbeitet wird, die Finanzmärkte zumindest teilweise wieder zu regulieren, öffnet das Abkommen eine Hintertür: Nahezu alle denkbaren Finanzmarktprodukte und Bankdienstleistungen sind Teil des Abkommens. Konkret heißt das: Auf EU-Ebene eingeführte Positionslimits, also Mengenbeschränkungen für bestimmte Finanzmarktprodukte, könnten von Peru und Kolumbien verhindert werden, weil sie den freien Zugang zum Markt beschränken. Positionslimits sind eines der Mittel, mit denen die

Aggressive Steuerhinterziehung dank Freihandelsabkommen

massive Spekulation auf den Nahrungsmittelmärkten eingeschränkt werden soll, und es ist recht wahrscheinlich, dass sie in nächster Zeit in der EU eingeführt werden. Ähnliches droht bei einer Bankentrennung in der EU: Zur Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken laufen derzeit erste Verhandlungen,



FREIHANDELSABKOMMEN LÄDT ZUR GELDWÄSCHE EIN

istockphoto.com / bravo 1954 U. revjake [M]

gen, die eventuell dazu führen, dass Banken mit normalem Einlagengeschäft nur noch sehr eingeschränkt an den Finanzmärkten handeln dürfen – nach dem Verständnis des Freihandelsabkommens wäre das eine Beschränkung des Marktzugangs, sodass die Partnerländer dagegen vorgehen könnten. Statt also das Abkommen zu nutzen, um Steuerhinterziehung zu erschweren, wird sie sogar noch erleichtert. Dabei wäre es kein Hexenwerk gewesen, mit dem Abkommen einen automatischen Datenaustausch zu vereinbaren, sodass die Vertragsstaaten sich gegenseitig über Geldbewegun-

gen informiert hätten – Geldwäsche und Steuerhinterziehung würde dadurch erheblich erschwert. Ob Peru oder Kolumbien gegen einzelne der angesprochenen Vorschriften vorgehen, bleibt abzuwarten. Ohne Weiteres übertragbar auf das Handelsabkommen EU-USA ist diese Analyse sicher nicht. So laufen gerade beiderseits des Atlantiks ähnliche Regulierungsvorhaben, allerdings steckt auch hier der Teufel im Detail – und wird der Finanzmarktbeirich im Vertrag nicht genau genug formuliert, droht auch hier eine Aushebelung der Finanzmarktregulierung durch die Hintertür.

JETZT BESTELLEN

europaROT

DIE LINKE im Europaparlament

Ausgabe 11 - Mai 2013

Damit alles bleibt, wie es ist:
welche Zukunft für den EU-Haushalt?



VON JÜRGEN KLUTE UND HANNA HENZLER
Spätestens im Herbst dieses Jahres steht der EU erneut ein Tauziehen ums Geld bevor. Einiges wird uns bekannt vorkommen. Wieder sind es die Regierungen in Berlin, Amsterdam und Helsinki, die ihre Prinzipien verteidigen wollen. Doch dieses Mal geht es nicht um die Bereitschaft der Regierungen, mehr oder weniger schnell und entschieden Hilfspakete für ihre Nachbarländer oder kriselnde Finanzmärkte zu schicken. Diesmal geht es um die Finanzierung des europäischen Projektes als Ganzes. Bis Ende des Jahres muss über die Zukunft des EU-Haushalts entschieden werden, genau gesagt über den neuen von 2014 bis 2020 geltenden Finanzrahmen der Europäischen Union. Doch wovon reden wir eigentlich genau, wenn wir über den Haushalt der europäischen Gemeinschaft reden? Der EU-Haushalt unterscheidet sich in vielerlei Hinsicht von Budgets, die auf nationaler oder kommunaler Ebene erstellt werden. Stichwort: Einnahmen: Um ihre Programme und Politik durchzuführen, sind die EU-Institutionen auf Zuwendungen der Mitgliedsländer angewiesen. Drei Viertel aller Finanzmittel des EU-Haushalts werden aus den nationalen Haushalten überwiesen. Ein weiteres Viertel nimmt die EU-Kommission eigenständig ein. Dabei handelt es sich um Zölle, Einkommenssteuern der EU-Beschäftigten, einen Anteil der Mehrwertsteuer sowie um Strafzahlungen von Unternehmen, die gegen die Wettbewerbsregeln des Binnenmarktes verstoßen haben, etwa durch die Bildung eines Kartells. Der geringe Anteil eigenständiger Einnahmen macht die Europäische Union immer wieder zum Spielball egoistisch-nationalistischer Ränkespieler. Journalisten und Finanzminister rechnen auf, welche Länder stärker von EU-Programmen profitieren als das eigene Land, wer zum Club der Nettozahler und wer zur Gruppe der Nettoempfänger zählt. Anjous Empfänger: Wofür werden die Mittel des EU-Haushalts verwendet? Mit einem Drittel aller Gelder werden Betriebe in der europäischen Landwirtschaft und Fischerie gefördert. Der Hintergrund ist nicht simpel: Die Europäisierung der Agrarpolitik wurde bereits vor mehr als fünfzig Jahren begonnen und ist heute so weit fortgeschritten wie kaum ein anderer Politikbereich. Zu den kleineren Posten im EU-Haushalt gehören dagegen die Bereiche Justiz und Innere

Das Infomagazin der LINKEN im Europäischen Parlament erscheint vierteljährlich als Beilage in ausgewählten linken Tageszeitungen.

Erschienene Infomagazine zu folgenden Themen:

- Klimaschutz in der EU
- Kampf gegen Armut, jetzt!
- EU-2020 – Top oder Flop
- Freiheit statt Sicherheitswahn
- Solidarität in Europa und in der Welt
- Sparen, sparen, sparen
- Vom Hunger der Welt
- Tritt ein, bring Geld herein
- Des einen Freud, des anderen Leid
- Eiszeit in Europa
- Damit alles bleibt, wie es ist

Sie möchten europaROT regelmäßig per Post nach Hause geliefert bekommen?

Schreiben Sie uns: Europäisches Parlament, GUE/NGL, Sonja Giese, Rue Wiertz 60, PHS 05 B 072, 1047 Brüssel oder schicken Sie uns eine E-Mail: dielinke.presse@europarl.europa.eu

www.dielinke-europa.eu

EU-Kuba-Abkommen: (K)ein Licht am Ende des Tunnels?

VON SABINE LÖSING

Kuba spielt international eine immer größere Rolle und trägt maßgeblich zum Zusammenwachsen Lateinamerikas bei. Kubas Ärztinnen und Ärzte, Lehrerinnen und Lehrer, Ingenieurinnen und Ingenieure leisten in der Karibik und in ganz Lateinamerika wertvolle Hilfs- und Aufbauarbeit. Derzeit ist die Insel Verhandlungsort des kolumbianischen Friedensdialogs. Dies wird von den Staaten Lateinamerikas honoriert. Im Januar 2013 wurde Kuba die Präsidentschaft der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CE-LAC) übertragen.

Schwierige EU-Kuba-Beziehungen

Es ist höchste Zeit, dass auch die EU ihre Haltung gegenüber Kuba ändert. Bisher sind die Beziehungen zwischen Kuba und der EU schwierig. Zwischen 2003 und 2008 verhängte die EU politische Sanktionen gegen die Karibikinsel. Auch sechs Jahre nach dem offiziellen Ende der Sanktionen besteht kein bilaterales Abkommen zwischen Kuba und der EU. Mehr noch: Unverändert gilt ein Gemeinsamer Standpunkt aus dem Jahre 1996 (96/697/GASP), der einen Regimewechsel in Kuba zum Ziel

der EU-Politik erklärt. Über kein anderes Land hat die EU einen solchen Beschluss gefällt.

EU-Kuba-Abkommen: vorsichtige Verbesserungen?

Grund zur Hoffnung auf eine Verbesserung der EU-Kuba-Beziehungen gibt ein Beschluss der EU-Mitglied-

staaten von November 2012. Dieser sieht vor, Gespräche mit Kuba aufzunehmen, um ein Abkommen über »politischen Dialog und Zusammenarbeit« abzuschließen. Es ist wichtig, dass es zu einem solchen Abkommen kommt, zumal die EU für Kuba nach Venezuela der wichtigste Handelspartner ist. Bisher profitiert rund ein Drittel der kubanischen Exporte in die EU von Zollerleichterungen im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems (APS). Im Januar 2014 wird Kuba diesen Vorteil verlieren, was negative Folgen für die Menschen in Kuba haben könnte.

Blockade der Bundesregierung

Leider nimmt die Bundesregierung eine Blockadehaltung ein. Sie setzt

sich im EU-Ministerrat vehement dafür ein, dass der kubafeindliche Gemeinsame Standpunkt (96/697/GASP) bestehen bleibt. Darüber kann auch nicht hinwegtäuschen, dass die Bundesregierung die teilweise Wiederaufnahme der Entwicklungszusammenarbeit mit Kuba prüft. Beleg dafür ist, dass der Antrag der Bundestagsfraktion DIE LINKE, den Gemeinsamen Standpunkt abzulösen und die Beziehungen zu Kuba zu normalisieren, von der schwarz-gelben Koalition am 26. Juni 2013 abgelehnt wurde.

Internationale Solidarität mit Kuba

Damit sich die Bundesregierung mit ihrer kubafeindlichen Haltung auf europäischer Ebene nicht durchsetzt, ist internationale Solidarität gefragt. Die Bundesregierung braucht Druck aus dem In- und Ausland. Das EU-Kuba-Abkommen sollte faire Bedingungen vorsehen. Nur so kann es einen verlässlichen Rahmen für die EU und Kuba bieten, von dem beide Seiten profitieren. Dafür müssen die Verhandlungen ohne Vorbedingungen und gleichberechtigt aufgenommen und die Souveränität Kubas respektiert werden.



SOLIDARITÄT MIT KUBA – JETZT!

Veranstaltung

»Fiesta de la Solidaridad«
27.7.2013 ab 14.00 Uhr
Parkaue Berlin-Lichtenberg
(Nähe Möllendorffstraße,
S+U Frankfurter Allee)

Die EU wieder nicht mehr als ein zahnloser Tiger

VON GABI ZIMMER

Im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit in den Mitgliedstaaten fehlt der EU jeglicher Biss. Immer mehr junge Menschen verlieren die Hoffnung auf eine Zukunft, die sie sich aus eigenen Kräften aufbauen können. Und die EU und ihre Mitgliedstaaten fauchen sich höchstens an, schlagen sich auf die Brust, palavern – und versagen. Die Arbeitslosenquote bei Jugendlichen ist auf etwa 25 Prozent gestiegen, darunter Negativrekorde in Spanien und Griechenland von rund 60 Prozent. Auf europäischer Ebene empfohlen Rat und Kommission das Jugendbeschäftigungspaket, das im Kern eine sogenannte Jugendgarantie enthält. Jungen Leuten soll nach spätestens

vier Monaten Arbeitslosigkeit eine Ausbildung, eine Stelle oder ein Praktikum gesichert werden. Hinzu kam später die »Beschäftigungsinitiative für junge Menschen«. Das Ganze ist kaum mehr als eine groß angelegte PR-Aktion der Regierenden. Sechs Milliarden Euro werden auf die ersten beiden Jahre des künftigen Finanzrahmens konzentriert. Weitere zwei Milliarden gibt es dann für die restlichen fünf Jahre des siebenjährigen EU-Budgets. Die Hälfte der ersten Milliarden wird aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) genommen und damit wichtigen Projekten und Programmen gegen Armut und soziale Ausgrenzung entzogen. Makaber dabei: Die jungen Menschen geraten in Konkurrenz zu jenen, die auf die

Programme der ESF-Armutsplattform angewiesen sind. Schlimmer noch, die Gelder, die aus dem ESF zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit eingesetzt werden, verhindern nicht etwa die Armut junger Menschen, die einen neuen Job oder eine neue Ausbildung erhalten sollen. Keiner der Regierungschefs war bisher bereit, über die Qualität der angebotenen Jobs auch nur zu reden! Die irische Präsidentschaft, die in den Verhandlungen mit dem Europaparlament den Rat vertrat, weigerte sich beharrlich, qualitative Kriterien zu akzeptieren. Woher im Übrigen die restlichen versprochenen Milliarden für die Jugendbeschäftigungsinitiative kommen sollen, steht in den Sternen. Im vorgesehenen EU-Finanzrahmen tauchen sie bisher nicht auf. Gleichzeitig machte die irische Ratspräsidentschaft klar, dass die genannten sechs Milliarden nicht für die Jugendgarantie verwendet werden dürfen. Geld aus EU-Töpfen soll aber dafür nicht bereitgestellt werden. Wie die Länder unter Spardiktat das leisten sollen, bleibt offen.

Wir haben dabei immer betont, dass es sich um zukunftsfähige und nachhaltige Ausbildungs- und Arbeitsplätze handeln muss. Junge Menschen müssen selbstbestimmt entscheiden können, wo und zu welchen Bedingungen sie arbeiten wollen. Armutsfeste Löhne und volle Mobilität müssen dabei gewährleistet werden. Angela Merkel entdeckte das Thema schließlich für ihren Wahlkampf und lud kurz nach dem EU-Gipfel nach Berlin. Ihr Interesse hält offensichtlich bis zu den Bundestagswahlen an. Danach setzt François Hollande, dessen Land im kommenden Frühjahr in den Kommunalwahlen steht, auf die Wahlkampf-tauglichkeit dieses Themas. Junge Menschen in Europa benötigen derzeit keine PR-Spendenaktionen, sondern eine Ende der Spardiktate. Aber anstatt von begangenen Fehlern zu lernen, wird weiterhin an der Doktrin der Austerität festgehalten. Den Preis für diesen Starrsinn zahlen die jungen Menschen in Europa.

DIE LINKE. im Europaparlament

Gabi Zimmer

Vorsitzende der
GUE/NGL-Fraktion

Stellvertreterin im
Ausschuss für Beschäftigung
und soziale Angelegenheiten

**Ansprechpartnerin
für Thüringen**

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 6F155
B-1047 Brüssel
Telefon: 0032-228-45101
gabrielle.zimmer@europarl.europa.eu
www.gabi-zimmer.de



Cornelia Ernst

Sprecherin der Delegation
der LINKEN

Mitglied im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres; Stellvertreterin im Ausschuss für regionale Entwicklung; Stellvertreterin im Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter

Ansprechpartnerin für Sachsen

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 6F154
B-1047 Brüssel
Telefon: 0032-228-45660
cornelia.ernst@europarl.europa.eu
www.cornelia-ernst.de



Thomas Händel

Sprecher der Delegation
der LINKEN

Mitglied im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten; Stellvertreter im Ausschuss für Wirtschaft und Währung; Mitglied im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz

**Ansprechpartner für Bayern,
Baden-Württemberg und Saarland**

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 06F259
B-1047 Brüssel
Telefon: 0032-228-45658
thomas.haendel@europarl.europa.eu
www.thomas-haendel.eu



Lothar Bisky

Stellvertretender Vorsitzender
im Ausschuss für Kultur und
Bildung

**Ansprechpartner
für Berlin
und Sachsen-Anhalt**

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 6F357
B-1047 Brüssel
Telefon: 0032-228-45834
lothar.bisky@europarl.europa.eu
www.lothar-bisky.de



Jürgen Klute

Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung; Stellvertreter im Haushaltsausschuss

**Ansprechpartner für
Nordrhein-Westfalen und
Rheinland-Pfalz**

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 06F254
B-1047 Brüssel
Telefon: 0032-228-45655
juergen.klute@europarl.europa.eu
www.juergen-klute.eu



Sabine Lösing

Mitglied im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten; Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung

**Ansprechpartnerin für
Niedersachsen und Hessen**

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 06F255
B-1047 Brüssel
Telefon: 0032-228-45894
sabine.loesing@europarl.europa.eu
www.sabine-loesing.de



Helmut Scholz

Mitglied im Ausschuss für internationalen Handel; Stellvertreter im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten; Ausschuss für konstitutionelle Fragen

**Ansprechpartner für
Mecklenburg-Vorpommern
und Brandenburg**

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 6F243
B-1047 Brüssel
Telefon: 0032-228-45893
helmut.scholz@europarl.europa.eu
www.helmutscholz.eu

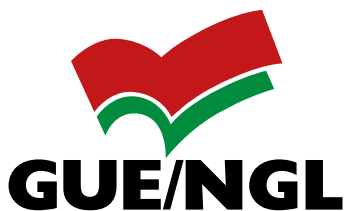


Sabine Wils

Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen; Stellvertreterin im Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr

**Ansprechpartnerin für Bremen,
Schleswig-Holstein, Hamburg**

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 06F247
B-1047 Brüssel
Telefon: 0032-228-45644
sabine.wils@europarl.europa.eu
www.sabine-wils.eu



VEREINTE EUROPÄISCHE LINKE/NORDISCHE GRÜNE LINKE
PARLAMENTSFRAKTION EUROPÄISCHES PARLAMENT